

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Gisela Sengl

Abg. Markus Plenk

Abg. Hans Herold

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Ralf Stadler

Abg. Martina Fehner

Abg. Christoph Skutella

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Martin Schöffel

Staatsministerin Michaela Kaniber

Abg. Martin Böhm

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 08

**für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13723 mit 18/13736 sowie 18/14103)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13336 mit 18/13342)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13644 mit 18/13650)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13593 mit 18/13598)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13241 mit 18/13243)

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeiten sind mittlerweile bekannt.

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist der Kollege Martin Bachhuber von der Fraktion der CSU. – Herr Bachhuber, bitte schön.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Staatsministerin Michaela Kaniber, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute über den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums beraten, dann wird wieder einmal mehr als deutlich, dass der Freistaat Bayern nicht nur ein herausragender Hightech-Standort ist, sondern auch eine Region, in der Ernährung, Landwirtschaft und unser Wald eine enorm wichtige Rolle spielen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dies verpflichtet uns bei den Haushaltsberatungen jedes Jahr aufs Neue, sehr genau darauf zu achten, dass diese drei Bereiche nicht nur in ihrem Bestand gesichert, sondern sukzessive fit für die Herausforderungen der Zukunft gemacht werden.

Dabei liegt der Schwerpunkt natürlich auf dem weiteren ökologischen Umbau der Landwirtschaft, den wir aber nicht mit erhobenem Zeigefinger und mit Verboten verfolgen. Wir verfolgen vielmehr einen ausgewogenen Ansatz, der Biolandwirte kraftvoll unterstützt, der aber deren konventionell wirtschaftende Kollegen nicht im Regen stehen lässt.

(Beifall bei der CSU)

Diese Ausgewogenheit, die Klima-, Natur- und Verbraucherschutz gleichermaßen berücksichtigt, zeichnet seit Jahrzehnten unser Handeln aus. Wer den Einzelplan 08 genau anschaut, wird feststellen, dass diese Ausgewogenheit zwischen allen Kernbereichen in diesem Jahr wieder das prägende Element ist.

Kolleginnen und Kollegen, dieser Haushalt erhöht sich im Jahr 2021 um 61,3 Millionen Euro auf rund 1,69 Milliarden Euro. Das entspricht einer Steigerung von 3,83 %. Zudem werden zusätzlich 38 Stellen zu verschiedenen Themenbereichen bereitgestellt. Sehr bemerkenswert ist – das freut mich natürlich besonders –: Über 50 % der Gesamtausgaben fließen als Förderungen in den ländlichen Raum. Allein diese Zahlen verdeutlichen, welchen Stellenwert dieser Bereich im Landwirtschaftsministerium hat. Ein Großteil der Ausgabensteigerungen entfällt dabei auf die Erhöhung der Bundesmittel im Rahmen der sogenannten Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz. Der Bund stellt hierfür insgesamt 45,1 Millionen Euro mehr zur Verfügung.

An dieser Stelle möchte ich unserer Ministerin danken, die sich tagtäglich nicht nur hier in München mit großem Engagement für die Bauern einsetzt, sondern die auch in Berlin wie die bayerische Löwin für unsere Bauern kämpft. Dafür, liebe Ministerin, einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Diese zusätzlichen Mittel sind insbesondere für Maßnahmen zum Insektenschutz, für Maßnahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung sowie für die Förderung der forstwirtschaftlichen Maßnahmen zur Bewältigung des Klimawandels im Wald vorgesehen.

Ich darf sagen: Wir waren vergangene Woche in meinem Stimmkreis bei einer Waldbegehung, liebe Ministerin. Ich möchte nur den Präsidenten des Waldbesitzerverbands, der immerhin 700.000 Waldbesitzer vertritt, kurz zitieren. Er hat wortwörtlich gesagt: Ich bin froh, Präsident des Bayerischen Waldbesitzerverbands zu sein; denn kein anderes Bundesland tut mehr für den Waldumbau als Bayern. – Punkt. Dazu brauche ich nicht mehr zu sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In diesem Zusammenhang sind auch jene zusätzlichen 3 Millionen Euro zu sehen, mit denen gerade kleine und mittlere Betriebe im Rahmen der Maßnahmen zur Stärkung der regionalen Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse unterstützt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weiteres Augenmerk legen wir auf die Mehrgefahrenversicherung für Wein- und Obstbau. Durch die Förderung einer Mehrgefahrenversicherung sollen ab 2021 finanzielle Verluste durch extreme Witterungsereignisse vermindert und die eigenverantwortliche betriebliche Risikovorsorge gestärkt werden. Mit dieser Förderung wird kein Vollkaskoschutz finanziert, sondern es werden insbesondere schwere und existenzbedrohende witterungsbedingte Ertragsverluste abgesichert. Bei diesem Haushalt ist auch unbedingt erwähnenswert, dass die im Nachtragshaushalt 2019/2020 enthaltenen zusätzlichen Mittel für Klima- und Artenschutz in Höhe von 60,7 Millionen Euro auch im Jahr 2021 weiterhin in voller Höhe zur Verfügung stehen. Diese Mittel werden insbesondere für die Förderung des Öko-Landbaus,

für die Waldbauoffensive, für das Landesprogramm "BioRegio" sowie für Forschungs- und Pilotprojekte verwendet.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, in diesem Jahr liegen wieder eine ganze Reihe von Änderungsanträgen vor, denen auch wir von der CSU zustimmen könnten, wenn mit ihnen nicht Ziele verfolgt würden, die wir ohnehin schon berücksichtigen und immer mit Nachdruck verfolgen. Dass wir in manchen Fällen anderer Meinung sind, liegt in der Natur der parlamentarischen Debatte. Wir zeigen mit der Diskussion in diesem Haus aber, dass es uns einzig und allein darum geht, unsere Ernährungswirtschaft sowie Land- und Forstwirtschaft bestmöglich zu fördern, damit sie die großen Herausforderungen der Zukunft optimal bestehen können.

So darf ich zum Abschluss Ihre Zustimmung zu diesem, wie schon erwähnt, mehr als ausgewogenen Haushaltsentwurf erbitten. Unserer Ministerin und allen Mitarbeitern in den Ämtern und im Ministerium danke ich für den wirklich unermüdlichen Einsatz. Ich wünsche bei der Umsetzung alles erdenklich Gute und wünsche unseren Bauern viel Glück in Haus, Hof und Stall.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist nun die Kollegin Gisela Sengl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten wird auf EU-Ebene um die Verteilung der EU-Agrargelder gestritten. Die einen wollen das, was eigentlich bislang schon nicht funktioniert hat, einfach immer weiter in die falsche Richtung verteilen; die anderen haben sich große Ziele gesetzt, um aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Wir GRÜNE sind uns einig, dass wir eine andere Land- und Forstwirtschaftspolitik brauchen, nämlich eine, die Natur und Menschen versöhnt. Da wissen wir auch die Wissenschaft hinter uns. Wir brauchen große Schritte der Veränderung, keine kleinen. Wir brauchen ambitioniertes politisches Handeln, nicht einfach ein "Weiter so".

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen vor allem klare Ziele und eine klare Schwerpunktsetzung. Warum? – Weil der Klimawandel nicht wartet; weil die Landwirtschaft Opfer und Täter zugleich ist; weil der Wald leidet; weil wir verantwortlich dafür sind, dass wir unsere Lebensgrundlagen für unsere Kinder erhalten.

Aber das alles scheint den aktuell regierenden Parteien egal zu sein. Es ist nicht angekommen, nicht auf EU-Ebene, nicht auf Bundesebene und leider auch nicht auf Landesebene. Die bayerische Politik für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft tut so, als würde das alles, was ich oben skizziert habe, nicht stattfinden. Unambitioniert, ohne Lust auf Gestaltung, ohne Bewusstsein für die dringend notwendigen Veränderungen macht das Landwirtschaftsministerium einfach so weiter wie immer. Im Baierischen gibt es da ein schönes Wort dafür: halbscharig. Das Wort "halbscharig" kommt von Ackern mit nur halber Pflugschar, das heißt oberflächlich, sodass die Arbeit letztendlich unbefriedigend bleibt.

(Zuruf)

Alle bekommen ein bisschen was. Das Geld wird ohne Schwerpunktsetzung verteilt, und "Öko" wird einfach unter dem Begriff "regional" subsumiert. Unser Ziel ist doch ein Anteil von 30 % Ökolandbau in Bayern bis 2030. Wir sind uns alle einig, dass wir dafür einen Markt brauchen. Wer wissen will, wie das Konsumverhalten im Bereich "Öko" ist, muss hier Marktforschung betreiben. Da frage ich jetzt die Landwirtschaftsministerin: Was hat die Umfrage, die Sie zum Einkaufsverhalten während der Corona-Krise in Auftrag gegeben haben, eigentlich bezüglich Bio-Lebensmitteln ergeben? – Meines Wissens wurde gar nicht danach gefragt. Ich glaube, die 11.000 bayerischen Öko-Betriebe und vor allem die Betriebe, die sich überlegen, umzustellen, hätte das sehr interessiert.

Da waren wir vor knapp zwei Jahren schon sehr viel weiter. Ministerpräsident Söder hat nach dem erfolgreichen Volksbegehren sofort begriffen, wo erstens die Reise der

Wählerschaft hingeht, und zweitens hat er vielleicht tatsächlich seine Meinung geändert bezüglich notwendiger Umstellungen in der Agrarpolitik. Er war der Treiber für die Übernahme des Volksbegehrens. Wenn die Staatsregierung es mit der Umsetzung ernst meint, dann muss sich das auch im Agrarhaushalt widerspiegeln. Da brauchen wir keine "flankierenden Maßnahmen" – nein, da brauchen wir Maßnahmen zur Förderung des ökologischen Landbaus in Bayern als eigenständigen neuen Haushaltstitel mit einer guten finanziellen Ausstattung. Wir fordern dafür 10 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber nicht nur der Ökolandbau muss ein klares Staatsziel werden, sondern auch die grundsätzliche Förderung von Maßnahmen für den Klimaschutz auf dem Feld und im Wald. Deshalb beantragen wir den Titel "Klimaschutz in der Landwirtschaft". Diesen Titel wollen wir mit 7 Millionen Euro ausstatten. Damit das alles auch gut gelingt, brauchen wir zielgerichtete Forschungen in diesem Bereich. Deshalb fordern wir, die Titelgruppe "Forschungsvorhaben Landwirtschaft" in den Bereichen "Klimaschutz" und "Ökolandbau" mit 6,63 Millionen Euro auszustatten.

Für einen Wald, der dem Klimawandel standhält, brauchen wir viel mehr Beratung. Deshalb fordern wir hier einen Titel mit 3,6 Millionen Euro für unbefristete Stellen für den Waldumbau und die forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit. Diese neuen Titel mit dieser finanziellen Ausstattung würden eine klare Richtung vorgeben und die bayerische Land- und Forstwirtschaft zukunftssicher aufstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor Kurzem war ich zu Besuch bei einem guten Bekannten, einem Bio-Bauern. Wir haben über dies und jenes geredet, auch über die Situation der Landwirtschaft und darüber, dass die Babyboomer-Generation in den nächsten Jahren in Rente geht und damit auch viele Bauernhöfe zur Übergabe fällig werden, aber vielleicht gar keiner aus der Familie das übernehmen will. Wir haben auch darüber geredet, dass gerade die kleinen Höfe mit immer mehr Bürokratie zu kämpfen haben. Ganz am Schluss hat er

dann den Satz gesagt: Wo sollen eigentlich die ganzen Schwaiberl hinfliegen, wenn es bei uns keine Bauernhöfe mehr gibt?

Jahrzehntelang war das Staatsziel in Bayern, die Landwirtschaft fit für den Weltmarkt zu machen. Die Leistungssteigerung beim Ertrag von Tieren und Pflanzen und die Steigerung der Exportrate waren das einzige Ziel. Dafür hat man in Kauf genommen, dass Tausende von Bäuerinnen und Bauern ihre Höfe aufgegeben haben oder aufgeben mussten. 1960 gab es in Bayern 352.659 Betriebe. Die Zahl der Betriebe hat sich bis 2019 nicht nur halbiert, sondern sie beträgt inzwischen nicht mal mehr ein Drittel davon. Dieser riesige Strukturwandel war politisch gewollt, und zwar von der CSU. Die politische Aufgabe muss also sein, die verbleibenden Betriebe in eine sichere Zukunft zu führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleg*innen von der CSU und von den FREIEN WÄHLERN, die Probleme verschwinden nicht einfach, indem man sie negiert und eine heile bayerische Welt heraufbeschwört. Probleme verschwinden, indem man sie löst. Unsere Welt befindet sich im Umbruch. Der Klimawandel wird zu Rieseneinschnitten führen. Am Beispiel des Wassermangels in Franken können wir heute schon sehen, was das für die Landwirtschaft und auch für unseren Wald bedeutet. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Nicht noch mehr Chemie, nicht noch mehr Kunstdünger, nicht noch mehr völlig überdimensionierte Technik werden uns dabei helfen, sondern im Gegenteil: Mit der Natur arbeiten und nicht gegen sie ist das Gebot der Stunde.

Deshalb würde ich Ihnen, Frau Staatsministerin, dringend empfehlen, den Vorschlag der grünen Agrarministerinnen und Agrarminister der Länder anzunehmen und endlich mal eine gemeinsame Konferenz mit den Umweltministerinnen und -ministern der Länder zu machen. Landwirtschaft und Umwelt müssen zusammenarbeiten, nicht gegeneinander. Das ist die Lösung für die Zukunft. – Wir bitten um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Sengl, es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen. Zur ersten Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Plenk gemeldet. – Herr Plenk, bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Frau Sengl, Sie haben das Höfesterben angesprochen. Was sind Ihrer Meinung nach die fünf Hauptgründe, warum Höfe aufgegeben werden?

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich glaube, ich habe sie alle genannt.

Markus Plenk (fraktionslos): Ich habe keine fünf gehört.

Gisela Sengl (GRÜNE): Das sind für mich die Hauptgründe. Ich habe nicht gesagt, dass es fünf Gründe gibt, sondern ich habe gesagt: Das sind die Hauptgründe.

Markus Plenk (fraktionslos): Wahrscheinlich gibt es zehn Gründe.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Herrn Kollegen Hans Herold von der CSU-Fraktion.

Hans Herold (CSU): Frau Kollegin Sengl, ich habe Ihnen bei Ihrer Rede sehr interessiert zugehört. Ich komme auch aus der Landwirtschaft, aus dem ländlichen Raum. Ich weiß natürlich auch, dass für Sie – in Anführungszeichen – "nur" die Bio-Landwirtschaft die wahre Landwirtschaft ist. Das ist einfach so; das ist aber auch bekannt.

In Ihrer Rede hat mich – das muss ich ganz ehrlich sagen – gleich zu Beginn der Begriff "Täter" ein wenig gestört. Das ist ein sehr negativ besetzter Begriff. Mich würde sehr interessieren, was Sie unter diesem Begriff "Täter" in der Landwirtschaft konkret verstehen. Dies hat mich persönlich schon sehr – in Anführungszeichen – "beeindruckt" und mich auch etwas besorgt gemacht.

Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe von Täter und Opfer gesprochen. Ein Beispiel hierfür ist: Warum gibt es seit 1991 eine Nitratrichtlinie? Warum mussten wir die Dünge-

verordnung umsetzen? – Weil wir eine zu hohe Nitratbelastung des Grundwassers haben. Woher kommt in diesem Fall das Nitrat? – Aus der Überdüngung der Felder. In diesem Fall ist die Landwirtschaft der Verursacher. Dies ist auch klar; sonst müssten die Landwirte, wie ich glaube, nicht mühsam Aufzeichnungen anfertigen. Da muss etwas verändert werden. Das habe ich damit gemeint. Man muss aus seinen Fehlern in der Vergangenheit lernen. Dies ist konstruktiv. Probleme zu negieren bringt uns alle zusammen nicht weiter.

Ich finde es ganz wichtig zu sagen, dass es Täter und Opfer gibt. Die Landwirtschaft ist auch Opfer, da sie sich dem rasant fortschreitenden Klimawandel ausgesetzt sieht. In der Landwirtschaft wird sich deshalb einiges ändern. Deswegen brauchen wir viel mehr Geld für die Forschung. Wir müssen uns darauf vorbereiten. Es kann nicht einfach so weitergehen wie bisher.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Frau Sengl. – Der nächste Redner ist Kollege Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst zu den Äußerungen der Kollegin Sengl. Liebe Gisela, sie bedürfen schon einiger Bemerkungen; ich werde darauf im Laufe der Rede eingehen.

Wir sind alle in einem gewissen Spannungsfeld. Der Klimawandel ist ein wichtiger Punkt. Ich glaube aber – das werden die meisten hier im Hause bestätigen können –, dass wir uns nicht nur auf ein Thema stürzen dürfen. Wir haben sehr viele Gebiete und Problembereiche, die wir in der Gesamtschau immer wieder sehen müssen. Deshalb sollten wir die Einseitigkeit ein wenig beiseitelassen.

Ein ähnlicher Gedanke kommt mir bei dem Einwand und dem Vorwurf, dass nach wie vor Spritzmitteleinsatz und Überdüngung stattfinden. Dagegen muss ich mich als Landwirt entschieden wehren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Gerade der Spritzmitteleinsatz ist seit Jahren rückläufig. Wir haben das mit dem Volksbegehren untermauert.

Auch das Thema Überdüngung muss ich als Grünlandwirt deutlich ansprechen. Über 90 % der Landwirte sind im Kulturlandschaftsprogramm engagiert. Jeder Teilnehmende weiß, dass nur betriebseigene Düngung gemacht werden darf. Das können wir daher so nicht stehen lassen. Ich bitte schon, die Kirche im Dorf zu lassen. Dieses Programm gibt es seit 1988; es wird mit zunehmendem Interesse genutzt. Dies zeigt deutlich, dass die Landwirte sehr an einem ausgewogenen, auch ökologischen Düngehaushalt interessiert sind.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

In der Kürze der Zeit ist es nur noch möglich, einige wichtige Punkte anzusprechen, die teilweise schon zum Ausdruck kamen. Ich will zunächst bemerken, dass der neue Haushalt mit 1,7 Milliarden Euro eine große Summe ausweist, die aber wichtig ist. Weitere 54 Millionen Euro sind heuer dazugekommen. Dies ist eine Steigerung um circa 3,3 %. Ich darf mich beim Ministerium, bei der Frau Ministerin und bei allen beteiligten Haushaltspolitikern bedanken. Dies ist immer wieder ein Kraftakt, gerade auch in Zeiten von Corona. Wir werden nach der Überwindung der Corona-Zeit sicher noch intensivere Kämpfe um die Finanzen erleben. Einen solchen Haushalt aufzustellen, erfordert immer wieder einen Kraftakt; denn jedes Ministerium sieht sich natürlich immer als das wichtigste Ministerium. Das ist menschlich. Deshalb werden wir nach wie vor großes Engagement zeigen müssen, um mit Blick auf die Zukunftsaufgaben einen vernünftigen Haushalt gerade in dem enorm wichtigen Bereich Ernährung, Landwirtschaft und Forsten aufzustellen. Nochmals herzlichen Dank an alle Beteiligten! Wir freuen uns natürlich, wenn draußen auch ankommt, dass hier mit enormem Engagement gearbeitet wurde.

Schon kurz erwähnt wurde, dass ein großer Anteil des Haushaltes, wie zwischen Bund und Ländern vereinbart, in die Gemeinschaftsaufgaben zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes geht. Wir sind mit bestimmten Summen gebunden. Ich will das in der Kürze der Zeit nicht ausführen; man muss aber einfach zur Kenntnis nehmen, dass vertragliche Verpflichtungen bestehen, die wir einhalten müssen.

Ich will drei Bereiche näher ansprechen. Ein Bereich ist die Mehrgefahrenversicherung. Ich glaube, angesichts des zunehmenden Klimawandels ist das ein wichtiger Punkt, gerade für den Obst- und Weinbau. Ich denke hier an die Bodenseeregion, an Ostbayern oder an die vielen fränkischen Gebiete. In Zukunft wird dies ein weites Aufgabenfeld werden. Ich bedanke mich für die Möglichkeit, dass sich Obstbauern und Winzer an einem wichtigen Programm beteiligen können, um weiterhin zukunftssicher wirtschaften und produzieren zu können.

Ein weiterer großer Bereich ist der Klima- und Artenschutz, der schon genannt wurde. Hier konnten über 60 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das ist natürlich nie zu viel für diese großen Aufgaben, zu denen der große Bereich BioRegio und die weitere Forschung zum Klimawandel gehören. Das ist das Spannungsfeld, das von der Kollegin angesprochen wird: die Weiterentwicklung der Öko-Landwirtschaft.

Es ist richtig, im Volksbegehren stehen diese 30 % bis 2030 drin. Ich habe selbst Bedenken, wenn ich die Zahlen anschau. Hier sind wir in einem Spannungsfeld. Wir müssen hier einen Spagat bewältigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Jeder von uns kennt bisher konventionell produzierende Landwirte, die staatliche Kantinen beliefert haben. Wenn diese Kantinen künftig nur noch von ökologisch produzierenden Landwirten beliefert werden sollen, fragen mich diese Landwirte natürlich: Sind wir Schwerverbrecher?

In diesem Spannungsfeld müssen wir die Verbraucher mit ins Boot holen. Für die kommenden Haushaltsverhandlungen gebe ich gleich eine Hausaufgabe mit auf den Weg:

Wenn wir diese ökologische Landwirtschaft wollen – wir haben in diesem Hause entschieden, dass wir das wollen –, dann müssen wir dem Verbraucher aber auch klar und deutlich sagen, dass er bereit sein muss, diese Produkte mehr als bisher – bisher haben wir in Bayern pauschal rund 10 %, 12 %, in bestimmten Gebieten sogar bis zu 20 % diese Landwirtschaft – nachzufragen und den Mehraufwand für diesen ökologischen Umweltbeitrag zu finanzieren. Dazu bedarf es Anstrengungen, die nicht nur die Landwirtschaft betreffen, sondern vor allem den Kunden. Ich will jetzt nicht fragen: Wer war zuerst da, die Henne oder das Ei? Das werden wir heute nicht beantworten können. Wir hatten in der Vergangenheit schon Probleme, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit geht zu Ende.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): – die Produkte abzusetzen. Deshalb müssen wir hier weiter tätig sein und für die Zukunft weitere Maßnahmen fordern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Es gibt eine Zwischenbemerkung von der Kollegin Rosi Steinberger von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Lieber Kollege Leo Herz, ich habe mich gemeldet, weil Sie das Thema der Grundwassersituation angesprochen haben. In der ganzen Diskussion fehlt mir schon die ganze Zeit der Aspekt, Verantwortung zu übernehmen. Die Landwirtschaft muss für ihren Beitrag Verantwortung übernehmen und darf das nicht immer wegwischen. Kennen Sie zum Beispiel die Aussage vom Landesamt für Umwelt, dass der Großteil der Nitratbelastungen im Grundwasser auf die Landwirtschaft zurückzuführen ist? Kennen Sie diese Aussage? Das ist meine erste Frage.

Sie wissen, dass sehr viele Wasserversorger Probleme mit Pestiziden im Grundwasser haben. Die zweite Frage ist: Was meinen Sie denn, woher diese Pestizide kom-

men? Wer wird dafür wohl verantwortlich sein, dass das Grundwasser mit Pestiziden belastet ist?

Sie sagen immer, dass sehr viele Landwirte am KULAP-Programm teilnehmen. Sagen Sie mir doch, wie groß der Anteil der teilnehmenden Landwirte am KULAP-Programm "Bodennahe Gülleausbringung" ist. Dafür gibt es auch eine KULAP-Prämie. Aber das hat wohl mit der Düngermenge nichts zu tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Steinberger, Ihre Redezeit ist auch zu Ende. – Herr Dr. Herz, bitte.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Steinberger, das wären Themen für tagfüllende Diskussionen. Ich würde gerne auf die bodennahe Gülleausbringung eingehen; das kann ich jetzt aber nicht.

Wir werden weitere Anhörungen machen. Wir hatten ja eine Petition, die nicht in dem Maße gelaufen ist, wie ich persönlich mir das vorgestellt habe. Ich habe ein großes Problem damit, wenn hier schon investiert werden kann, ohne die abschließenden Ergebnisse zu kennen. Mir kommt da spontan der Gedanke, dass bisher noch nicht untersucht wurde, wie die Ausgasung stattfindet, wenn zum Beispiel eine Güllewurst über drei oder vier Wochen dort liegt. Das sind alles Punkte, die wir in Betracht ziehen müssen.

Zu der eingangs aufgeworfenen Frage: Die Landwirtschaft ist sicherlich beteiligt. Aber die Proben von 93 % der Brunnen zeigen, dass hier kein Problem besteht. Im Grünland ist überhaupt kein Problem festgestellt worden.

Dann muss ich noch den Punkt ansprechen: Wenn wir betrachten, welche Werte nach Brüssel gemeldet werden, wäre das ebenso ein Thema für tagfüllende Diskussionen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ralf Stadler von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre! Herr Präsident, Frau Ministerin Kaniber, werte Kolleginnen und Kollegen! An Herausforderungen hat es im Bereich Ernährung und Landwirtschaft in den letzten zwei Jahren dieser Legislaturperiode nicht gemangelt. Da können Sie noch so viel über Artenschutz, Klima, Öko-Anbau, Tierwohl, über den Verbraucherschutz und über gesunde Ernährung sprechen, wirklich zustande gebracht haben Sie bisher nichts für unsere Landwirte.

Frau Minister Kaniber, Sie geben in diesem Haushaltsplan keine oder nur sehr bescheidene Antworten auf die Bedürfnisse unserer Landwirte. Sie haben mal eben den Fördersatz beim AFP von 30 % auf 40 % angehoben, als von den Landwirten Gegenwind kam. Glauben Sie wirklich, dass die Bauern genauso käuflich sind wie etliche Ihrer Kollegen bei der CSU?

Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Bayern hat sich seit dem Jahr 2010 um 13,6 % auf 84.600 verringert. Die Anzahl der viehhaltenden Betriebe im Freistaat schrumpfte noch viel stärker. Gleichzeitig stieg die Flächenkonzentration bei den verbliebenen Betrieben, genauso wie die Pachtpreise.

Diesen Kannibalismus in der Landwirtschaft haben Sie, Frau Kaniber, wegen Ihrer desaströsen Landwirtschaftspolitik mit zu verantworten. Das können Sie auch nicht einfach so weglächeln. Ein Blick auf die heutige Situation zeigt: Auf grüne Kreuze folgen schwarze Sargnägel für die bayerische Landwirtschaft. Söder und Kaniber führen die Landwirtschaft in die ökologische Sackgasse.

Ziel der bayerischen Landwirtschaft müsste dagegen sein, die Vielfalt der bayerischen Familienbetriebe in der Region zu erhalten

(Beifall bei der AfD)

und vor allem die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherzustellen.

(Beifall bei der AfD)

So aber werden immer mehr Landwirte aufgeben, während Billigimporte immer mehr zunehmen.

Nun zu den einzelnen Änderungsanträgen: Die FDP fordert in ihrem Antrag, die Einzelbetriebliche Investitionsförderung um 5 Millionen Euro zu erweitern. Investitionen in innovative Gülleausbringtechnik und Gülleseparierung sollten demnach unterstützt werden. Hier muss jedoch das Übel an der Wurzel gepackt werden. Immer strengere Auflagen vonseiten der Regierung erfordern immer höhere Investitionen, deren Nutzen für die Umwelt zumindest fraglich ist. Die Umweltauflagen werden so zum Fass ohne Boden. Da kann man noch so viel fördern, die Anforderungen und damit die Kosten werden immer höher, ohne dass die Erzeugerpreise damit Schritt halten können. Insofern ist der Antrag gut gemeint, löst aber das Problem der Landwirte nicht.

(Beifall bei der AfD)

Die GRÜNEN fordern in ihrem Antrag auf Drucksache 18/13338, "das Staatsziel 30 Prozent ökologische Landwirtschaft in Bayern bis 2030 soll sich im Haushalt eindeutig abbilden." Immerhin geben Sie damit zu, dass die Bewirtschaftung landwirtschaftlichen Grund und Bodens demnächst wie in der Sowjetunion ausschließlich vom Staat nach einer Art Fünfjahresplan bestimmt wird. Die ehemals selbstständigen Bauern werden so schrittweise enteignet und am Ende nur noch als Traktoristen auf ihrem eigenen Grund und Boden eingesetzt, ähnlich wie in der DDR.

Der sogenannte Klimaschutz ist nicht nur dem Wortsinn nach ein Widerspruch; man kann die Umwelt schützen, jedoch nicht das Klima. Der sogenannte Klimaschutz dient genauso wie der Artenschutz lediglich als Vorwand, um der Wirtschaft und vor allem der Landwirtschaft alle möglichen Grausamkeiten zuzumuten. Dieser Antrag ist wie

nahezu alle Anträge der GRÜNEN rein ideologisch motiviert, und wir lehnen ihn daher ab.

Was Sie tatsächlich von regionaler Erzeugung und der heimischen Landwirtschaft hält, hat die Kollegin Sengl von den GRÜNEN klar gesagt: Sie möchte lieber biologisch erzeugten Weizen aus Italien als konventionell erzeugtes Getreide aus dem Nachbardorf.

Die alte Tante SPD will die GRÜNEN sogar noch links überholen und schwenkt jetzt zunehmend auf den Öko-Kurs ein. Da werden die Öko-Jünger aber lieber das Original wählen als die schlechte Kopie von der SPD. Ihre beiden Anträge zielen auf die städtische Klientel ab, die Landwirtschaft nur aus der "Süddeutschen Zeitung" kennt und sich ihre Nahrungsmittel mit dem SUV aus dem Bioladen abholt. Bayern ist schon lange Ökomodellregion. Vielleicht ist Ihnen das entgangen. Nachhaltige Landwirtschaft wird unter unserem weiß-blauen Himmel bereits seit vielen Generationen betrieben. Das findet auch in unserem Änderungsantrag konsequent Ausdruck, in dem wir fordern, nicht einseitig die Ökolandwirte, sondern auch die standortangepasste Landwirtschaft und konventionelle Familienbetriebe zu fördern.

Der steigende Ernährungsbedarf einer größer werdenden Bevölkerung kann auch langfristig nur mit konventioneller Landbewirtschaftung gedeckt werden. Die Verbraucher wollen in diesen unsicheren Zeiten nach wie vor in erster Linie preiswerte Lebensmittel. Allen Umfragen zum Trotz kaufen sie weiterhin fleißig bei Aldi, Lidl & Co. Im Gegensatz zu Handwerksbetrieben können Landwirte nicht einzeln über Preise für ihre Erzeugnisse verhandeln. Sie stehen Milliardären wie den Herren Albrecht und Schwarz gegenüber, die als Oligarchen mit ihrer Marktmacht die Preise diktieren. Die Appelle unserer beiden Landwirtschaftsministerinnen für faire Preise klingen da wie realitätsfernes Wunschdenken.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Martina Fehlner von der SPD-Fraktion. – Frau Fehlner, bitte schön.

Martina Fehlner (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie wichtig eine nachhaltige Landwirtschaft und eine sichere Versorgung mit gesunden Lebens- und Nahrungsmitteln sind, hat uns die globale Corona-Pandemie noch einmal überdeutlich gemacht. Die Folge: Sehr vieles hat sich verändert, auch unser Einkaufs- und Ernährungsverhalten.

Neu entdeckt haben die Menschen die Natur, die Landschaft und den Wald um sich herum. Noch nie wurde zu Hause so viel gekocht. Noch nie wurde so viel gewandert. Noch nie wurde so viel in Hofläden eingekauft. Regional, saisonal produzierte Lebensmittel haben seit Beginn der Pandemie einen regelrechten Boom erlebt. Wer heute selber kocht, legt Wert auf Frische, Wert auf eine nachhaltige Produktionsweise und Wert auf die Herkunft der Produkte. Diese neue Sensibilität, diesen Bewusstseinswandel und die damit einhergehende größere Wertschätzung in der Bevölkerung für unsere heimische Landwirtschaft und für unsere lebensnotwendigen Ressourcen gilt es jetzt konsequent weiter zu stärken. Damit der Diskurs über eine nachhaltige Landwirtschaft möglichst sachlich geführt wird, müssen wir zwischen Stadt und Land, Gesellschaft und unseren Bäuerinnen und Bauern Brücken bauen.

Unser Ziel muss es sein, in Bayern die Landwirtschaft fit für den Klimawandel zu machen und unseren bäuerlichen Betrieben eine ökologische, nachhaltige, innovative und zugleich überzeugende wirtschaftliche Zukunftsperspektive aufzuzeigen und diese auch zu ermöglichen. Wir brauchen unbedingt eine landwirtschaftliche Struktur, welche die kleinen und mittelständischen Betriebe stärkt und erhält, die gute Arbeitsbedingungen schafft und für faire, gerechte Lebensmittelpreise sorgt.

(Beifall bei der SPD)

Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch: Regionale Produktion und regionale Vermarktung entlasten unsere Umwelt.

Im neuen Einzelplan für das Landwirtschaftsressort werden die Mittel auf fast 1,7 Milliarden Euro erhöht. Es gilt jetzt, diese Mittel gut, mit großer Sorgfalt und Weitsicht einzusetzen. Wir alle wissen, und das nicht erst seit Corona: Wir stehen vor allem bei der Landwirtschaft vor großen Herausforderungen bezüglich Klimawandel, tierwohlgerechter Nutztierhaltung, gesunder Produktion unserer Lebensmittel, Umbau unserer Wälder in klimatolerante Mischwälder und vieles mehr.

(Beifall bei der SPD)

Diese Herausforderungen müssen wir bewältigen. Das können wir aber nur gemeinsam leisten. Landwirtschaft und Umweltschutz müssen hier Hand in Hand gehen.

Auf einige für uns wichtige Forderungen im Hinblick auf den neuen Etat möchte ich kurz eingehen, etwa zum Thema "Bauen mit Holz". Holz hat als nachwachsender Rohstoff enormes Potenzial. Holz ist ein hervorragender CO₂-Speicher, wenn er als Baustoff verwendet wird. Erfreulich ist, dass in Bayern zwar der Anteil des Bauens mit Holz gestiegen ist, jedoch werden immer noch viel zu viele Gebäude in herkömmlicher Bauweise errichtet. Wir brauchen einen "Holzturbo", der vor allem öffentliche Bauvorhaben wie Kitas, Schulen oder Rathäuser, aber natürlich auch den Privatwohnungsbau fördert. Ein unbürokratischer Förderungszuschlag von 5 %, zum Beispiel für Kitas, wäre ein wichtiges und richtiges Signal auch an unsere Kommunen.

(Beifall bei der SPD)

Die Realisierung von Bauvorhaben mit Holz hilft auch unseren Waldbesitzern. Sie sitzen auf vielen Festmetern, die ihnen Schädlinge und Sturmbruch beschert haben. Aufgrund des Überangebotes erzielen sie nur noch geringe Preise. Aufgrund dieser Situation ist es nicht nachvollziehbar, dass im neuen Haushaltsplan für die wichtige Holzbauoffensive lediglich 100.000 Euro eingeplant sind. Das ist zu wenig; das ist viel zu wenig. Deswegen ist es dringend notwendig, hier nachzubessern. Meine Fraktion schlägt eine angemessene Erhöhung auf mindestens 500.000 Euro vor.

(Beifall bei der SPD)

Nachbesserungen sind auch im Hinblick auf unsere bayerischen Wälder notwendig. Sie müssen klimagerecht umgebaut werden. Dazu brauchen wir natürlich die Fachleute, die das tun. Dafür brauchen wir im Forstbereich mehr Stellen. Nach wie vor fehlen uns – auch für die Bildungsarbeit – Försterinnen und Förster. Wir alle wissen: Die große Generationenaufgabe des Waldumbaus kann nicht mit der aktuell dünnen Personaldecke gestemmt werden. Hier müssen wir dringend aufstocken.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Forst sind seit vielen Jahren am Limit. Das weiß ich aus vielen Gesprächen und Besuchen vor Ort. Fakt ist: Die Aufgaben und Projekte für die Forstwirte nehmen stetig zu. Zudem können die Aufgaben durch die zum Teil großen Reviere, die zahlreichen Anfragen, die intensiven Beratungen und Förderanträge der Waldbesitzer und Kommunen kaum mehr bewältigt werden. Deshalb fordern wir für diesen Bereich 50 neue Planstellen.

Meine Redezeit ist knapp, dennoch kurz zum Thema Landwirtschaft: Die Ökomodellregionen in Bayern sind für alle Erzeuger in der Region, ob Biolandbau oder konventionelle Erzeugung, eine große Chance. Es geht um die gesamte Wertschöpfungskette.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit!

Martina Fehlner (SPD): Es gilt, Landwirte, Erzeuger und Verbraucher zusammenzubringen. Wir wollen, dass Bayern flächendeckend Ökomodellregion wird. Damit wollen wir unsere Land- und Forstwirtschaft stärken, Umweltleistungen gerecht entlohnen und regionale Wertschöpfungsketten unterstützen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Hier hat sich seit Corona-Zeiten einiges verändert, zum Beispiel, dass an diesen beiden Plätzen keine Stenografinnen und Stenografen mehr sitzen. Sie leisten aber weiterhin tolle Arbeit. Mein Protokoll kam heute Nacht um 02:45 Uhr. Vielleicht schicken wir mal einen Applaus an unsere Stenografen. Sie können uns auf jeden Fall hören, auch wenn wir sie nicht sehen können.

(Lebhafter Beifall)

Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf europäischer Ebene ist der Agrarhaushalt der größte und damit wichtigste Einzelposten des Gesamthaushalts. In Brüssel werden die Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe gesetzt. Umso wichtiger ist es für unsere bayerischen Betriebe, wie es in Zukunft auf europäischer Ebene weitergeht.

Das Gesetzgebungsverfahren in Deutschland, das die Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU in Deutschland regelt, muss bis Ende Juni abgeschlossen sein, damit Deutschland termingerecht bis Ende des Jahres seinen nationalen Strategieplan zur neuen GAP in Brüssel einreichen kann. Zwei Sonderagrarministerkonferenzen wurden ohne Ergebnis abgeschlossen. Vor allem die Agrarminister von den GRÜNEN haben jegliche Kompromissbereitschaft vermissen lassen. Für uns ist klar: Landwirtschaft ohne Umweltschutz hat keine Zukunft. Aber nur mit Verboten und romantisch weltfremden Vorstellungen kommen wir nicht weiter.

Als Sprecher für Agrar- und Umweltpolitik ist mir sehr wohl klar, dass es nicht leicht ist, die Interessen der Landwirtschaft und der Umwelt unter einen Hut zu bringen. Wir müssen aber Kompromisse finden. Für die FDP-Fraktion sind dabei eine zielorientierte Verteilung der Gelder und eine praktikable Ausgestaltung der Förderprogramme sowie

der Grundsatz "Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht" am wichtigsten. Deswegen begrüßen wir, dass die Agrarumweltprogramme, das bayerische Kulturlandschaftsprogramm und das Vertragsnaturschutzprogramm weiterhin finanziell gut ausgestattet sind. Wir haben besonders in der Pandemiezeit gemerkt, wie praktisch und verlässlich kurze Wege sind. Regionale Produkte und vor allem die Direktvermarktung haben einen richtigen Aufschwung erlebt. Die Corona-Krise fördert das Bewusstsein für die heimische Landwirtschaft. Wir spüren die Grenzen der Globalisierung. Viele lernen den Wert regional produzierter Waren neu zu schätzen.

Unsere Landwirte leisten einen wertvollen Beitrag zur Versorgungssicherheit in Bayern. Das wirtschaftliche Rückgrat der bayerischen Landwirtschaft ist aber nach wie vor die Tierhaltung. Wollen wir der Tierhaltung in Bayern eine Perspektive geben, dann müssen wir zukunftsfähige Wege aufzeigen, Zielkonflikte im Dialog auflösen und Planungssicherheit schaffen. Unser Ziel muss es sein, die Tierhaltung künftig stärker als bisher auf Tierwohl und Nachhaltigkeit auszurichten. Für diese Betriebe, die wir alle mitnehmen wollen, ist es wichtig, dass wir investieren, und zwar vor allem in umweltschonende Technik und tierwohlgerechte Haltungsformen. Wir alle wissen, dass dies mit enormen Kosten verbunden ist. Aus diesem Grund hat die FDP-Fraktion mehr Gelder für die Einzelbetriebliche Investitionsförderung gefordert.

Unsere Betriebe müssen und wollen investieren, auch in innovative Gülleausbringtechnik. Würden wir nur die Sensorsysteme fördern, die neu anzuschaffende Ausbringtechnik aber nicht, wäre das nicht zu Ende gedacht. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung wäre die Schaffung einer Tiergesundheitsdatenbank. In dieser Datenbank sollen Schlachtbefunddaten mit bereits vorhandenen Daten der Veterinär- und Lebensmittelämter sowie der HI-Tierdatenbank vernetzt werden. In Nordrhein-Westfalen gibt es das schon, also wäre das auch in Bayern möglich und umsetzbar. Es hilft nicht, immer mehr Personal und mehr Kontrollen zu fordern. Wir brauchen Transparenz und Effizienz im System.

Die staatliche Förderung einer Mehrgefahrenversicherung lehnen wir ab. Wir Freien Demokraten wollen Rahmenbedingungen für ein wirksames betriebliches Risikomanagement schaffen und stehen sowohl den staatlichen Soforthilfemaßnahmen als auch staatlicher Subventionierung von Versicherungslösungen skeptisch gegenüber. Aus diesem Grund fordern wir seit Jahren die Einführung einer steuerfreien Risikoausgleichsrücklage. Staatliche Soforthilfen haben nämlich langfristige wirtschaftliche Auswirkungen und sind zum Teil ungerecht. Laut dem aktuellen ORH-Bericht ist bei der Auszahlung der Dürrehilfen in den Jahren 2018 und 2019 wohl einiges nicht gut gelaufen. Offensichtlich haben nicht nur die Betriebe Hilfen erhalten, die diese auch wirklich benötigen. Dabei handelt es sich nicht nur um Einzelfälle. Auch bei der Berechnung der Förderbeträge nahm man es nicht so genau; teilweise wurden viel zu hohe Beträge ausgezahlt, in einem Fall waren es sogar 21.000 Euro zu viel.

Ich darf aus dem Bericht des ORH zitieren: Statt existenzgefährdeten Landwirten schnell zu helfen, wurden Verwaltungskapazitäten für die Entschädigung von Kleinstschäden in der Bayerischen Dürrebeihilfe gebunden. Zudem wurden Zuwendungsempfänger ungleich behandelt und rechtsgrundlos Zuwendungen gewährt. Der ORH vermisst die gebotene Sorgfalt bei der Sachbearbeitung.

Die FDP-Fraktion steht hinter den großen Ausgabeblöcken im Agrarhaushalt. Ohne die Agrarumweltprogramme und die Ausgleichszahlungen wären Landwirtschaft und der ländliche Raum nicht denkbar. Wir schließen uns aber der Kritik im ORH-Bericht an. Wir sollten die Gelder zielorientierter einsetzen und die Förderprogramme besser aufeinander abstimmen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Martin Schöffel für die CSU-Fraktion. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Martin Schöffel (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Frau Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über den Einzelplan 08, den Haushalt des Landwirtschaftsministeriums. Wir sprechen dabei zuallererst über die Rahmenbedingungen für unsere Bäuerinnen und Bauern. Wir sprechen über die Zukunft unserer bäuerlichen Familien. Deshalb möchte ich an den Anfang meiner Rede einen Dank an unsere Bäuerinnen und Bauern stellen. Sie sorgen für unser tägliches Brot. Sie sorgen dafür, dass unsere wunderbare Landschaft gepflegt wird; sie versorgen die Tiere an 365 Tagen im Jahr; sie sorgen für Lebensgrundlagen, für Lebensmittel und für Landeskultur. Deshalb sei hier ein herzlicher Dank an die Bäuerinnen und Bauern ausgesprochen.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe immer geglaubt, das Niveau der agrarpolitischen Attacken von Frau Kollegin Sengl sei nicht mehr zu unterbieten. Heute wurde dieses Niveau aber doch noch einmal unterboten, da Frau Sengl die Landwirtschaft als "Täter" dargestellt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir reden über Menschen, nicht über Ideologien. Wir reden darüber, dass wir mit großen Anstrengungen auch in der Zukunft Lebensmittel in unserem Land produzieren müssen. In der Corona-Pandemie ist überaus deutlich geworden, wie wichtig es ist, dass wir in unserem Land auch weiterhin Lebensmittel produzieren. Die Landwirtschaft lebt dabei in einem schwierigen Umfeld. Verschiedene Redner haben es schon dargestellt: Wir müssen die Interessen der Verbraucher, die Ökologie, die Umwelt und die Haltung der Tiere unter einen Hut bringen. Das ist nicht einfach; denn hier müssen marktwirtschaftliche Komponenten, politische Förderprogramme, Appelle an die Verbraucherinnen und Verbraucher sowie ein fairer Umgang miteinander in Einklang gebracht werden.

Frau Sengl, Sie haben hier gesagt, die Landwirtschaft sei ein Täter. Mit dem Hinweis auf die Schwalben im Stall haben Sie versucht, die Landwirtschaft zu romantisieren. Die Fragen, worin der Strukturwandel besteht und wo Sie die Zukunft der bäuerlichen Betriebe sehen, können Sie nicht beantworten. Die Agrarminister der GRÜNEN in den

Bundesländern wollen diese Fragen nicht beantworten. Es ist eine unglaubliche Unverschämtheit, wenn Sie hier von Ställen sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sprechen von Bäuerinnen, Bauern und landwirtschaftlichen Verhältnissen aus dem letzten Jahrhundert und nach dem Zweiten Weltkrieg. Darauf haben Sie mit den Schwalben im Stall Bezug genommen. Sie haben aber nicht über die Arbeitsverhältnisse der Bäuerinnen und Bauern in diesen Ställen und auch nicht über die Qualität der Tierhaltung gesprochen. Die Ställe mit den Schwalben, von denen Sie hier gesprochen haben, wollen Sie laufend verbieten. Sie wollen hier im Hause und im Deutschen Bundestag die Anbindehaltung verbieten. Frau Kollegin Sengl, was Sie hier vortragen, zeigt eine unglaubliche Doppelzüngigkeit. Sie unterstützen die Bauern eben nicht beim Erhalt ihrer Produktionsmöglichkeiten.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen dafür Sorge tragen, dass in unserem Land weiterhin Agrarproduktion stattfindet. Dafür haben die CSU und dieses Landwirtschaftsministerium über Jahrzehnte hinweg Strategien entwickelt. Ich möchte nur einige nennen: Mit der Stallbauförderung haben wir bereits vor langer Zeit Tierwohlkriterien eingeführt. Wir haben GV-Obergrenzen und Investitionsobergrenzen eingeführt. Mit dem Kulturlandschaftsprogramm, das in den Achtzigerjahren entwickelt worden ist, haben wir Weichenstellungen vorgenommen. Damals hat noch nicht jeder die Worte "Ökologie in der Landwirtschaft" in den Mund genommen. Die CSU hat zu dieser Zeit ein Agrarumweltprogramm entwickelt. Heute haben wir ein Programm mit 328 Millionen Euro, das größte Agrarumweltprogramm, das es in Deutschland gibt. Damit können wir vor den Verbraucherinnen und Verbrauchern bestehen. Wir tun viel für die Ökologie in unserem Lande. Hier handelt es sich um freiwillige Maßnahmen, die unsere Bäuerinnen und Bauern durchführen und die wir vergüten. So geht es in die Zukunft.

Herr Kollege Stadler von der AfD, Sie haben von einer "ökologischen Sackgasse" gesprochen. Ich kann nur sagen: Wer von einer "ökologischen Sackgasse" spricht, der befindet sich in einer politischen und einer geistigen Sackgasse. Sie sind auf keinen Fall ein Ratgeber für die Bäuerinnen und Bauern. Das möchte ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt geht es um die Frage, was die GRÜNEN in den Ländern, in denen sie regieren, für die Agrarökologie tun. Wir geben in Bayern für jeden Hektar landwirtschaftlicher Fläche im Durchschnitt 120 Euro für Agrarumweltmaßnahmen aus. Das Land Schleswig-Holstein, wo Herr Habeck lange Zeit Landwirtschafts- und Umweltminister war, wendet dafür 35 Euro auf. In Nordrhein-Westfalen sind es 39 Euro. In Bayern wird drei- bis viermal so viel für Agrarökologie, Artenschutz und Naturschutz getan, und das auf freiwilliger Basis. Mehr Naturschutz erreichen wir nur durch Anreize, durch Motivation und durch Mitmachen, nicht durch Verbote, wie Sie das vorhaben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Agrarhaushalt gibt den Bäuerinnen und Bauern Planungssicherheit. Wir gewährleisten diese durch einen starken Haushalt mit wichtigen Säulen wie unserem Kulturlandschaftsprogramm, den Investitionen von 52 Millionen Euro in neue Tierwohlställe, dem Bergbauernprogramm und der Ausgleichzulage, den Mitteln für die Dorferneuerung und die Flurneuordnung. Zur Zukunft der bäuerlichen Betriebe gehört natürlich ein starker ländlicher Raum. Nicht zu vergessen sind auch die 77 Millionen Euro für den Waldumbau und den Waldschutz, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich komme jetzt zum letzten Punkt. Alle sprechen über die GAP. Wenn die GRÜNEN wollten, dass man hier einen Weg findet, damit bäuerliche Betriebe eine Zukunft haben und Ökologie einen großen Stellenwert hat, dann müssten sie unserem Konzept der GAP zustimmen; denn da wird das vereint. In der neuen GAP wird deutlich

mehr für Agrarökologie gemacht werden und gemacht werden müssen. Wir müssen aber auch dafür Sorge tragen, dass gerade unsere kleinen bäuerlichen Betriebe noch von etwas leben können und ein Auskommen haben.

Warum blockieren die GRÜNEN jeden Kompromiss? –

(Zuruf)

Erstens, weil sie sich selber nicht einig sind. Das Wahlprogramm von Habeck und die Ansichten der GRÜNEN-Landwirtschaftsminister in den neuen Bundesländern

(Zuruf)

sind in keiner Weise miteinander in Einklang zu bringen. Wir hören von den neuen Bundesländern, man brauche Großbetriebe, weil andere Betriebe die grünen Ideologien gar nicht mehr aushalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Martin Schöffel (CSU): – Herr Präsident, ich komme zum Ende. – Was ist der zweite Punkt? – Der zweite Punkt dieser Doppelzüngigkeit der GRÜNEN besteht darin, dass es keinerlei Übereinstimmung zwischen dem gibt, was Herr Habeck vorgibt, und dem, was er in Schleswig-Holstein selbst vorgelegt hat.

(Zuruf)

Das ist peinlich, und Sie wollen von Ihren eigenen Unfähigkeiten in den Ländern, wo Sie Verantwortung tragen, ablenken.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, zum Ende kommen heißt, den Satz zu Ende zu führen und nicht die ganze Rede. Bitte schön.

Martin Schöffel (CSU): Dort, wo die GRÜNEN Verantwortung tragen, gibt es für die Landwirtschaft weniger Unterstützung, mehr Auflagen, mehr Großbetriebe, mehr GV pro Hektar, und die bäuerlichen Familienbetriebe bleiben auf der Strecke. Das wollen wir in Bayern verhindern und haben das erfolgreich getan. Dieser Agrarhaushalt ist für die bäuerliche Landwirtschaft in Bayern ein wichtiger Beitrag.

(Zuruf)

Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Für die Staatsregierung spricht jetzt die Staatsministerin Michaela Kaniber. Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorneweg ein herzliches Dankeschön an alle, die an diesem Einzelplan gearbeitet haben. Wir haben diesen Haushalt ja im Haushaltsausschuss schon intensiv beraten. Ich danke allen Berichterstattern und natürlich vor allem auch unserem bayerischen Finanzminister Albert Füracker, der trotz der schwierigen Herausforderung, das Geld zusammenzuhalten, immer ein Ohr für die bayerischen Landwirte hat.

Ich glaube, wir dürfen stolz sein: 61 Millionen Euro mehr, das ist eine Steigerung von über 3,8 %. Der Haushalt umfasst, wie Martin Bachhuber richtig erwähnt hat, 1,7 Milliarden Euro.

Es ist in diesen Krisenzeiten keine Selbstverständlichkeit, so viel Geld in die Hand zu nehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist aber nur richtig und wichtig.

Erstens. Die Land- und Ernährungswirtschaft hat sich in dieser Krisenzeit in der Tat als systemrelevant erwiesen. Trotz dieses positiven Aspekts sind unsere bayerischen Betriebe bedauerlicherweise unter Druck geraten. Wenn man sich anschaut, was gerade schon erwähnt worden ist: Auch wenn sich unsere Verbraucherinnen und Verbraucher während dieser Krise tendenziell für regionale, aber auch für Bioprodukte entscheiden, darf man nicht vergessen, dass derzeit einfach viele Absatzmöglichkeiten – die Großkantinen, die Gastronomie – fehlen.

Ich möchte auch nicht verschweigen, dass es gerade den Schweinebauern unglaublich schwergefallen ist, diese Zeit durchzuhalten. Auch wenn sich der Druck auf dem Schweinemarkt gerade ein bisschen löst, sind die Reserven bei vielen Betrieben aufgebraucht. Wir brauchen uns da überhaupt nichts vorzumachen. Gerade jetzt sind Agrarinvestitionen wahnsinnig wichtig.

Eines ist auch klar: Die Bayerische Staatsregierung bietet hier in der Tat Hilfe an. Ob kurzfristig, mittelfristig oder langfristig – es geht um die Aufstockung der Investitionsfördersätze. Es geht um Schwerpunktberatung. Wir lassen hier unsere Landwirte nicht alleine.

Dasselbe, was für Zuchtsauenhalter gilt, gilt auch für die Anbindehaltungsbetriebe. Wir müssen da raus. Wir müssen es tatsächlich schaffen, mehr in tierwohlgerechte Laufställe zu investieren. Wir negieren hier nicht die Wünsche der Gesellschaft oder gar das Tierwohl.

Lieber Herr Stadler, Sie haben gesagt "auf Druck der Bauernschaft". – Ich muss jetzt schon einmal sagen: 40 % auszuschöpfen heißt im Übrigen, das EU-Beihilferecht maximal auszureizen. Das dürfte Ihnen wahrscheinlich auch nicht schmecken, weil es dann tatsächlich um diese Frage geht. Klar ist aber, dass unser oberstes Ziel darin besteht, Bayern auch in Zukunft mit Lebensmitteln aus tierwohlgerechten Haltungsverfahren versorgen zu können. Wir müssen das gewährleisten können.

Zweitens. Das Thema Nachhaltigkeit ist in aller Munde. Ich verwahre mich dagegen, immer so zu tun, als gäbe es eine Spaltung zwischen Umweltschutz und der Bauernschaft. Unsere bayerischen Bauern sind Umweltschützer par excellence!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zurufe: Ah!)

– Es gibt nichts Besseres. Man braucht da auch nicht "Ah!" zu schreien. – Schon heute beteiligt sich jeder zweite Landwirt an unseren Agrarumweltmaßnahmen. Mehr als ein Drittel unserer Äcker und Wiesen profitieren davon.

Wie heißt es aber so schön? – Das Bessere ist der Feind des Guten. Wir in Bayern wollen nicht nur das Bessere; nein, wir wollen sogar das Beste. Wir werden auf diesem Weg deswegen weitergehen.

Liebe Frau Kollegin Sengl, ich verstehe ehrlich gesagt nicht, dass das für Sie, als Helmut Brunner diesen Weg bereitet hat, alles super war, aber wenn wir auf diesem Weg weitergehen und ihn sogar noch ausbauen, dies auf einmal nichts mehr wert sein soll.

Ich kann nur sagen: Das bayerische Flaggschiff Kulturlandschaftsprogramm wird um weitere 12 Millionen Euro aufgestockt. Wir liegen mittlerweile bei 327,8 Millionen Euro, die uns hierfür zur Verfügung stehen. Das ist ein noch nie dagewesener Wert. Kein anderes Bundesland unterstützt seine Betriebe auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Ökologie so umfassend.

Die zusätzlichen Mittel sind übrigens gerade für Maßnahmen zum Insektenschutz. Wir steuern gerade in diese Richtung. Wir sagen, dass wir eine Reduktion des chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteleinsatzes brauchen. Wir brauchen und fördern im Übrigen Blühstreifen, aber in ganz besonderem Maße auch die extensive Grünlandbewirtschaftung.

Es ist ein deutliches Zeichen an Landwirte und Gesellschaft, dass mit dem Nachtragshaushalt 2019/2020 zusätzliche Mittel für Klima- und Artenschutz in Höhe von 61 Mil-

lionen Euro bewilligt wurden; diese Mittel stehen auch im Jahr 2021 wieder in voller Höhe zur Verfügung.

Wir als Bayerische Staatsregierung halten unser Versprechen. Wir bewältigen die Herausforderungen tatsächlich. Wir versuchen, die weiteren Verschärfungen und weiteren Maßnahmen durch das Volksbegehren gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern zu bewältigen.

Angesicht des rasanten Klimawandels stehen unsere rund 700.000 Waldbesitzer unter enormen Druck. Es geht um rund 80 Millionen Euro. Ich verstehe da, ehrlich gesagt, vereinzelte Ansätze und Anträge nicht. Ich finde es schon richtig und wichtig, Zeichen zu setzen. Aber zu sagen, man brauche hier 500.000 Euro und hier vielleicht 3 Millionen Euro, während der Freistaat Bayern für den Waldumbau 80 Millionen Euro ausgibt – manche Anträge wirken dann geradezu ungut.

Bayern bewegt sich hier auf einem absoluten Rekordniveau. Die Waldumbauoffensive 2030 ist damit absolut im Plan. Seien es die 200 Stellen bis 2030, seien es die 200 Millionen Euro, wir sind sogar dazu bereit, rückwirkend zum 1. Januar höhere Zuschüsse für den Bau von Holzlagerplätzen, für Erneuerungen und Ausbesserungen bestehender Waldwege und, ganz besonders wichtig, für die Erbringung freiwilliger Naturschutzleistungen im Wald zu bezahlen. Wir unterstützen unsere Bäuerinnen, aber auch unsere Waldbauern auch hier.

Jetzt vielleicht noch einmal zur Mehrgefahrenversicherung, ein Thema, das mir ganz wichtig ist. Wer den Klimawandel und extreme Unwetterereignisse aushalten muss, braucht Unterstützung. Liebe Kollegen von der FDP, ich glaube, wir sind uns einig, man muss das eine tun, darf aber das andere nicht lassen. Deswegen sind wir absolut der Meinung, dass wir die Mehrgefahrenversicherung für unsere Wein- und Obstbauern durchaus ermöglichen können. Es gibt ein Sonderprogramm, mit dem wir versuchen, die Versicherungsprämien zu untermauern. Ich glaube, das ist die beste Möglichkeit, eine eigenverantwortliche betriebliche Risikovorsorge zu machen.

Das Thema Regionalität liegt mir extrem am Herzen. Wir brauchen dafür weiter Unterstützung. Durch die Pandemie haben wir einen regelrechten Auftrieb erfahren. Das heißt, wir müssen die Regionalstrategie, aber auch den Trend zu mehr Wertschöpfung nutzen, und deswegen stärken wir mit dem "VuVregio"-Programm weiterhin unsere kleineren Strukturen, darunter insbesondere auch die Schlachthäuser.

Ganz besonders wichtig ist mir auch der Öko-Landbau. Liebe Kollegin Gisela Sengl, ich bin wirklich froh und dankbar, dass wir uns zumindest jetzt in der Frage einig sind, nicht einfach blind Öko-Modellregionen auszurufen. Ich weiß, Frau Fehlner hat das gewünscht. Wir haben wirklich aktive und innovative Öko-Modellregionen. In einem Punkt sind wir uns endlich Gott sei Dank einig: Wir müssen am Markt entlang arbeiten. Ich lasse die Landwirte nicht in eine Umstellerphase pressen, sodass sie am Ende des Tages ihre Öko-Produkte gar nicht verkaufen können. Der Einklang muss klar sein, Absatz und Konsum müssen ganz klar im Visier bleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir einen Hinweis an unsere politischen Mitbewerber. Wir sind gerade mitten im Kampf um die EU-GAP-Reform. Dabei werden ganz große Weichenstellungen durchgeführt. Ich möchte hier schon sehr deutlich werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, seien wir doch bitte ganz ehrlich! Manche Bundesländer sind mit ihren eigenen Öko-Leistungen so weit von uns in Bayern entfernt, dass sie Jahre brauchen, um dorthin zu kommen, wo wir jetzt schon stehen. Bayern kann auch in dieser Frage eine Blaupause sein. Eines ist aber auch klar: Wenn wir so weitermachen, wenn wir auf unserem extrem hohen Niveau mit unseren extrem guten Standards die Anforderungen an diese Öko-Leistungen immer weiter verschärfen, was passiert denn dann? Was passiert, wenn es unermessliche Forderungen und Anforderungen an unsere Bauern gibt? – Das liegt auf der Hand. Dann werden wir unsere Lebensmittelerzeugung ins Ausland verlagern.

Dazu müssen wir nur sehen, was aktuell passiert. In Russland sollen bis 2030 insgesamt 12 Millionen Hektar zurzeit ungenutzter Ackerfläche in die agrarische Nutzung zurückgeführt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die gesamte Ackerflä-

che Deutschlands. Das muss man sich einmal vor Augen führen. Über alle Agrargüter hinweg sind die Exporte aus Russland allein 2020 um 16 % gestiegen. Dabei setzt Russland auch noch auf einen extremen Öko-Landbau. Ich glaube, wir sind uns einig: Selbstverständlich wollen wir einen Öko-Weizen aus Schwaben und nicht aus Sibirien oder wie die GRÜNEN aus Italien. Wir wollen Gemüse aus Nürnberg und nicht aus dem Nordkaukasus.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb geht heute mein Appell an Sie, liebe Vertreter der GRÜNEN. Ich habe jetzt zwei Agrarministerkonferenzen hinter mich gebracht, einmal waren es zwölf Stunden, einmal zehn Stunden, und immer ohne Ergebnis. Ich weiß, dass Herr Habeck die Prämisse ausgegeben hat, sich nicht zu entscheiden, um diese emotionalen Themen im Bundestagswahlkampf aufgreifen zu können. Ich bitte Sie von ganzem Herzen: Wirken Sie auf Ihre Kolleginnen und Kollegen ein, damit wir tatsächlich heute zu einem Ergebnis kommen! Ich fahre jetzt gleich nach Berlin.

In der Tat ist es traurig, liebe Kollegin Sengl. Der Wahrheit müssen wir ins Auge schauen. Wir lassen uns nicht von Berlin oder von Schleswig-Holstein erklären, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat. Ein Berliner Senator, der 50 Höfe mit 2.000 Hektar landwirtschaftlicher Fläche hat, darunter wahrscheinlich nicht einmal einen einzigen Milchbauern, erklärt uns in Bayern, wie Landwirtschaft zu funktionieren hat. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lügen Sie sich bitte auch nicht in die Tasche, denn viele Bundesländer haben in der zweiten Säule gar kein Geld. Deswegen müssen Umschichtungen vorgenommen werden, damit sie Geld für ihre grünen Ideologien haben. Wir in Bayern stellen dieses Geld freiwillig für unsere Bäuerinnen und Bauern bereit. Seien Sie bitte endlich einmal ehrlich! Schauen Sie, was tatsächlich machbar ist, und versuchen Sie wirklich auf Ihre Kolleginnen und Kollegen einzuwirken.

Wie schaut denn die Landwirtschaft in Bayern aus, liebe Kollegin Sengl? – Sie kommen aus dem Chiemgau und sagen, die Welt in Bayern sei nicht in Ordnung. Ehrlich gesagt, ich würde mich wahrscheinlich schämen.

(Beifall bei der CSU)

Wir wollen Umweltschutz und Klimaschutz, wir wollen Tierschutz, und wir wollen Biodiversität, aber nicht gegen unsere Bauern, sondern mit ihnen. Das lassen wir uns auch nicht nehmen, denn das ist die tatsächlich gelebte Nachhaltigkeit im allumfassenden Sinne.

Ich komme noch ganz kurz zu den ländlichen Räumen. Da lassen wir auch nicht nach. 148 Millionen Euro sind dafür vorgesehen, das ist eine Steigerung um weitere 5 Millionen Euro. Damit sollen jungen Menschen Perspektiven gegeben werden, soll Wasserückhalt in der Fläche geschaffen werden; die Biodiversität soll gestärkt werden, aber auch der Moorschutz soll unterstützt werden. Das alles kostet Geld; das alles gibt es nicht zum Nulltarif, und deswegen sage ich Vergelts Gott an alle, die dafür gekämpft haben, dass wir unsere bayerischen Bäuerinnen und Bauern nicht alleinlassen.

Ganz wichtig in diesen schwierigen Zeiten ist es, hinzuschauen, wer unsere wirklichen Ernährer sind. Wer hat uns nie verlassen? Wer war immer an unserer Seite? Im Übrigen bringen uns gefälschte Statistiken, Herr Stadler, auch nicht weiter. Wir haben 134.000 bäuerliche Betriebe in Bayern und nicht 84.000, wie Sie es gerne errechnen. Sie lassen offenbar die ganz kleinen Betriebe weg, die Ihnen wahrscheinlich gar nichts wert sind.

Zum Schluss muss ich sagen: Unsere Ernährer und auch die Ernährungssouveränität sind in höchstem Maße zu schützen. Das tun wir, das tut diese Staatsregierung gemeinsam mit unserem bayerischen Finanzminister. Vielen Dank für die vielen Akzente und für die Verlässlichkeit für Bayerns Landwirtschaft. Ich bitte von Herzen um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Für die erste erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, Sie reden heute von allem Möglichen, nur nicht davon, wo der "Casus knacksus" liegt. Der liegt nämlich in Brüssel. Die von Ihnen angesprochenen EU-Beihilferichtlinien gehören genauso dazu wie die diversen Verordnungen, die fast alles bedingen, worüber wir in den letzten Minuten geredet haben. Das ist für uns der eigentliche Grund des Übels unserer Landwirtschaft. Freiheit von Brüssel bedeutet auch Freiheit für unsere Bauern, und das bedeutet eine kleinteilige Landwirtschaft und damit patriotischen Umweltschutz.

(Zuruf: Mein Gott!)

Anfügen will ich noch Folgendes: Sie haben die Ernteversicherungen angesprochen. Wenn ich mich über Ernteversicherungen unterhalte, brauche ich gar nicht so weit zu gehen. In Europa gibt es dafür sehr viele verschiedene Modelle. Eines der bewährtesten Modelle gibt es bei unseren Nachbarn in Österreich. Das österreichische Ernteversicherungssystem ist zwar nicht billig, aber es hat sich seit über fünfzig Jahren sehr bewährt. Sich daran zu orientieren, könnte auch für uns in Bayern wertvoll sein. Wir sollten den Blick darauf richten, wie es die Österreicher machen, was dort alles Gutes passiert. Wenn Sie nähere Informationen brauchen, müssen Sie mit den österreichischen Kollegen reden. Glauben Sie mir, dieses Modell ist sehr gut und hat sich sehr bewährt.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das ist ein netter Hinweis. Ich wohne direkt an der österreichischen Grenze. Ich weiß, wie es die Österreicher machen. Wir versuchen natürlich, uns immer wieder gegenseitig zu unterstützen. Wir suchen aber auch immer wieder die Varianten heraus, die für Bayern das Richtige sind.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich der Abgeordneten Gisela Sengl für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Gisela Sengl (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Staatsministerin, ich glaube, Sie müssen einmal Ihre Zahlen in Ordnung bringen. Jetzt stehen drei Zahlen im Raum. Ich habe 105.000 Betriebe genannt. Diese Daten kommen aus Ihrem Ministerium. Sie haben gerade von 134.000 Höfen gesprochen. Ich weiß nicht, woher diese Zahl kommt. Der Kollege hat von 84.000 Höfen gesprochen. Ich meine, das ist auch eine Zahl aus Ihrem Ministerium. Das sollten Sie vielleicht einmal auf die Reihe bringen.

Zum Zweiten: Sie wissen schon, was eine Umschichtung von der ersten in die zweite Säule bedeutet? – Die zweite Säule ist für Umweltmaßnahmen und für die Entwicklung der ländlichen Räume. Es gibt reiche und ärmere Länder. Sie wissen ganz genau, dass diese Umschichtung zu 100 % mit EU-Geldern finanziert wird und man sie nicht im Land kofinanzieren muss. Bayern ist reich. Das ist schön, aber muss man deshalb so angeberisch sein und auf andere Länder herabschauen, die sich bemühen, sehr viel für Ökologie und Umweltschutz in der Landwirtschaft zu tun? – Sie brauchen dringend die Umverteilung, die Sie bei der Agrarministerkonferenz verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das stimmt eben genau nicht, liebe Frau Sengl. Sie nehmen das Geld aus der ersten Säule. Das ist die Einkommenswirksamkeit. Sie spielen mit Ideologien und würden den Bauern nur unter Auflagen Geld geben. Das heißt aber unterm Strich, dass die Bauern damit gar nichts verdienen können.

Das hat überhaupt nichts mit Arroganz zu tun, sondern mit der Absicht, ehrlich mit den Bäuerinnen und Bauern umzugehen und ihnen auch am Ende des Tages eine Mög-

lichkeit zum Überleben zu geben. Das tun Sie nicht. Ihnen zufolge soll es eine Gemeinwohlleistung werden. Ich finde die Spiele, die Sie spielen, einfach nicht in Ordnung. Das sind Ihre Kollegen. Ich bitte Sie von Herzen, heute noch einmal mit allen zu telefonieren. Was heute auf der Agrarministerebene passiert oder in den letzten Tagen passiert ist, ist mehr als ein Trauerspiel. Es ist ein Trauerspiel, auch die Besserstellung der ersten Hektare nicht zuzulassen.

(Zuruf)

Wir könnten jetzt Stunden diskutieren. Es hilft auch nichts, wenn man es immer wieder wiederholt. Es hilft nichts. Es wird nicht besser, liebe Frau Sengl.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Staatsministerin. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 08, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13241 mit 18/13243, 18/13336 mit 18/13342, 18/13593 mit 18/13598, 18/13644 mit 18/13650, 18/13723 mit 18/13736 und 18/14103 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14308 zugrunde. Der Einzelplan 08 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht, Drucksache 18/14308, genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 08 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der AfD und der SPD. Stimmenthal-

tungen? – Keine. Damit der Einzelplan 08 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 2)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenik. Gegenstimmen! – Die Fraktion der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14308, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13723 mit 18/13736 und 18/14103 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 08 ist damit abgeschlossen.

Ich habe gute Nachrichten: Ich entlasse Sie für 30 Minuten in die Mittagspause. Wir treffen uns also um 13:35 Uhr wieder hier.

(Unterbrechung von 13:05 bis 13:36 Uhr)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 20

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 08

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung einer Ertragsversicherung im Wein- und Obstbau
(Kap. 08 03 Tit. 683 04)
Drs. 18/13241
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Bekämpfung von Tierseuchen und Maßnahmen zur Förderung der Tiergesundheit
(Kap. 08 03 Tit. 683 12)
Drs. 18/13242
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse zur Einzelbetrieblichen Förderung landwirtschaftlicher Unternehmen – Landesmittel
(Kap. 08 06 Tit. 892 67)
Drs. 18/13243
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 08 02 neuer Titel)
Drs. 18/13336
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaprogramm Moorwirtschaft
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 18/13337

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Mehr Klimaschutz und ökologische Landwirtschaft in Bayern
(Kap. 08 03 TG 55, Kap. 08 neuer Tit. und Kap. 08 10 TG 60)
Drs. 18/13338
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Staatsziele und Zuchtverbandspraktiken – Widersprüche auflösen und Verflechtungen entwirren, Tiertransportpraktiken sanktionieren
(Kap. 08 03 Tit. 671 03)
Drs. 18/13339
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Wein- und Obstbau für den Klimawandel fit machen
(Kap. 08 03 Tit. 683 04 und neuer Tit.)
Drs. 18/13340
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stärkung der Weidehaltung – gut für Klima, Mensch und Tier
(Kap. 08 03 TG 54)
Drs. 18/13341
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zusätzliche Stellen für den Waldumbau sowie die forstliche Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit
(Kap. 08 05 Tit. 428 97 und Kap. 08 40 Tit. 422 01)
Drs. 18/13342
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Allgemeine Bewilligungen – Bereich Landwirtschaft: Bayern soll flächendeckend zur Ökomodellregion werden!
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/13593
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Entgelte für landespflegerische und landeskulturelle Leistungen: Stärkung der nachhaltigen Landwirtschaft, des Natur- und Gewässerschutzes und des Artenschutzes
(Kap. 08 04 Tit. 683 71)
Drs. 18/13594

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Holzbauoffensive endlich starten, statt nur vermarkten – durch verbesserte Zuschüsse beim Bauen mit Holz Investitionen der öffentlichen Hand in klimafreundliche Bauweisen fördern und Holzmarkt entlasten
(Kap. 08 05 Tit. 686 89)
Drs. 18/13595
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Neue Planstellen für die Ämter für Ländliche Entwicklung
(Kap. 08 30 Tit. 422 01)
Drs. 18/13596
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Unverantwortlichen Personalabbau stoppen – Zusätzliches Personal für den Forstbereich
(Kap. 08 40 Tit. 428 02)
Drs. 18/13597
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Ruth Müller, Martina Fehlner u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Laufende Betriebskosten der Lehr und Versuchseinrichtungen – Forschungsprojekt zur notwendigen Anpassungen der Bewirtschaftung der Bienenvölker am Institut für Bienenkunde und Imkerei an der Landesanstalt für Weinbau und Gartenbau installieren
(Kap. 08 72 Tit. 533 71)
Drs. 18/13598
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung in der landwirtschaftlichen Erzeugung
(Kap. 08 03 Tit. 683 55)
Drs. 18/13644
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Fördermaßnahmen im Rahmen des „Landesprogramms BioRegio 2030“
(Kap. 08 03 Tit. 686 55)
Drs. 18/13645
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Pilotprojekt: Digitalisierung für mehr Tierwohl
(Kap. 08 03 TG 98 neuer Tit.)
Drs. 18/13646

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Christian Klिंगen u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds – Dorferneuerung
(Kap. 08 06 Tit. 887 67)
Drs. 18/13647
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Forschungsvorhaben Hanfanbau
(Kap. 08 10 neue TG)
Drs. 18/13648
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Forschungsvorhaben Heilpflanzenanbau
(Kap. 08 10 neue TG)
Drs. 18/13649
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Winhart, Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Drohnenforschung für landwirtschaftliche Nutzung vorantreiben
(Kap. 08 10 TG 60 neuer Tit.)
Drs. 18/13650